



Brüssel, den 4. Dezember 2014  
(OR. en)

16411/14

---

**Interinstitutionelles Dossier:**  
**2014/0308 (CNS)**

---

**POSEIDOM 20**  
**REGIO 131**

### **I/A-PUNKT-VERMERK**

---

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter (2. Teil)/Rat
Nr. Vordok.:	14909/14
Nr. Komm.dok.:	COM(2014) 666 final
Betr.:	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES betreffend die Sondersteuer "octroi de mer" in den französischen Gebieten in äußerster Randlage – Annahme des Gesetzgebungsakts

---

1. Die Kommission hat dem Rat am 29. Oktober 2014 den obengenannten Vorschlag vorgelegt.
2. Die Gruppe "Gebiete in äußerster Randlage" hat den Vorschlag am 6. November 2014 geprüft. Im Anschluss an ein Verfahren der stillschweigenden Zustimmung wurde am 17. November 2014 Konsens zu einem überarbeiteten Text erzielt, in den ein neuer Erwägungsgrund zur Festlegung einer Ausnahme in Bezug auf die Anforderung einer achtwöchigen Phase der Konsultation der nationalen Parlamente gemäß Artikel 4 des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag aufgenommen wurde. Diese Ausnahme war zur Annahme der Legislativmaßnahme dringend erforderlich, die den Rechtsrahmen betreffend die Sondersteuer "octroi de mer" ab 1. Januar 2015 garantieren soll.
3. Der EP-Ausschuss für regionale Entwicklung (im Folgenden "REGI-Ausschuss") hat am 3. Dezember 2014 seinen Bericht zum Vorschlag der Kommission für einen Beschluss des Rates angenommen, ohne Abänderungen vorzuschlagen.

4. Folglich wird das Europäische Parlament am 16. Dezember 2014 voraussichtlich seine Stellungnahme zu dem Vorschlag auf der Grundlage des Berichts des REGI-Ausschusses annehmen, ohne Abänderungen vorzuschlagen.
  5. Sofern das Europäische Parlament am 16. Dezember 2014 seine Stellungnahme wie vorgenannt beschrieben annimmt, wird vorgeschlagen, dass der Ausschuss der Ständigen Vertreter den Rat ersucht,
    - den obengenannten Vorschlag in der von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeiteten Fassung (Dokument 15406/14) unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Europäischen Parlaments als A-Punkt anzunehmen.
-